

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Nr. 254

Dienstag, den 29. Oktober 1918.

35. Jahrgang.

Die vierte Note an Wilson.

Berlin, 27. Okt. (Amtlich.) Die deutsche Antwortnote hat folgenden Wortlaut: Die deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen. Der Präsident kennt die tief greifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsgemäß ruhen. Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Rundgebungen gekennzeichnet hat.

Bez.: Colf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

In der Frage des Waffenstillstands und der Friedensverhandlungen sind wir noch nicht weitergekommen. Die Noten gingen hin und her und jedesmal hatte Wilson neue Fragen zu stellen. Das konnte unmöglich so weiter gehen; wir wären nie zum Ziel gekommen und die von der deutschen Regierung am 5. Oktober eingeleitete Friedensaktion wäre durch die verzögernde Haltung Wilsons auf ein tot. Gleis geschoben worden. Auch in seiner dritten Note hatte Wilson erklärt, daß er zwar bereit sei, den Verbandsmächten den Wunsch Deutschlands nach Waffenstillstand und Frieden zur Kenntnis zu bringen, aber — und dann kommen wieder Einwendungen und Bedingungen, die den Keim endloser Fortdauer in sich tragen. Mit einiger Selbstüberwindung weist nun die deutsche Regierung in ihrer vierten Note zum dritten Mal darauf hin, daß die Friedensverhandlungen deutscherseits von einer Volksregierung — der Kaiser ist jetzt ganz ausgeschaltet — geführt werden, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse ruhen und der auch die militärischen Gewalten unterstellt seien. Weiter hat die Regierung nicht mehr zu sagen, sie sieht vielmehr den Vorschlägen d. h. den Bedingungen des Waffenstillstands von der anderen Seite entgegen und sie erwartet, daß diese Vorschläge in den Grenzen eines Friedens der Gerechtigkeit sich halten, wie ihn Wilson seinerzeit zum Programm erhoben hat. Da ist nun die Frage, ob Wilson sich dieser Auslegung seines Programms noch erinnert, oder ob er nicht, ähnlich wie Oesterreich-Ungarn gegenüber, geltend machen will, die Kriegslage habe sich inzwischen so verändert, daß die Voraussetzungen für seine damalige Meinung weggefallen. Es fehlt nicht an Stimmen, die sagen, der überlaute Beifall, den Wilsons dritte Note in England und Frankreich fand, beweise, daß der Präsident der Vereinigten Staaten seinen nicht durchaus eindeutigen 14 Punkten und seinen späteren Rundgebungen einen anderen Sinn beigelegt wissen wolle, als er in Deutschland vielfach ausgelegt werde. Die Entente, namentlich Wilson, hat ja keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie Wilsons Programm so verstehen, daß an Deutschland ein Frieden der strafenden Gerechtigkeit wegen seiner ungehörigen Freveltaten vollzogen werden solle. Auf die vierte deutsche Note, die so kurz und so ruhig als möglich abgefaßt ist, wird das Frage- und Antwortspiel nicht mehr fortgesetzt werden können, sie drängt auf die Entscheidung hin und so werden wir endlich erfahren, wo wir in bezug auf Waffenstillstand und Friedensverhandlungen sind. In Paris ist der Ministerrat zusammengetreten und die militärischen Ratgeber der Verbandsmächte besprechen sich schon seit einigen Tagen, die nötigen Unterlagen für eine Entscheidung müssen also vorhanden sein.

Weitere Pressestimmen.

Der „Berl. Lokalanzeiger“ bemerkt: Die Note fragt nicht nach den Bedingungen der Feinde für den Waffenstillstand, sondern nach ihren Vorschlägen für einen solchen. Das bringt zum Ausdruck, daß Deutschland nicht als ein sich unterwerfender, sondern als gleichberechtigter Faktor zum Verhandlungstisch schreiten will. Auch der Satz, nach dem der Waffenstillstand einen Frieden der Gerechtigkeit einleiten soll, birgt einen deutlichen Vorbehalt gegenüber Forderungen, wie sie durch die Presse in London, Paris, Rom, Mailand und New York vorgebracht worden sind. Die Kämpfe der letzten Woche haben immer wieder den Nachweis geführt, daß die militärische Lage nicht den mindesten Anlaß zu einer Waffenstreckung

enthalt. Waffenstillstandsbedingungen, v. o. einer Waffenstreckung gleich kommen, ein Frieden, der kein solcher der Gerechtigkeit wäre, sind von uns unannehmbar. Das will der Schlußsatz der deutschen Note besagen.

Die „Post“ führt aus: Das Ballspiel zwischen Berlin und Washington geht weiter mit dem Erfolg, was der Amerikaner von Anfang an verlangte: der Bitte des Besiegten um Bekanntgabe der Bedingungen des Siegers.

Auf alle Fälle ist es Zeit, schreibt der „Vorwärts“, daß wir die Bedingungen für einen Waffenstillstand kennen lernen. Wir müssen uns auf Dinge gefaßt machen, die uns allen tief ans Herz greifen. Es wird einen Augenblick der leidenschaftlichen Aufwallung geben und der Schrei nach dem letzten Verzweiflungskampf wird manch verborgene Seite unseres Empfindens in Schwingung versetzen. Da werden wir uns sagen müssen, daß es jetzt darauf ankommt, zweckloses Blutvergießen zu vermeiden. Die Aufgabe des Militärs wird damit erledigt sein und die Diplomatie wird in ihr Recht treten. Wir haben versprochen, aus freiem Willen und eigener Ueberzeugung einem Völkerverbund beizutreten, der Wilsons Grundsätze entspricht. Wir haben der Welt durch diesen freiwilligen Beitritt viel zu geben, was durch einen z. zwangenen niemals ersetzt werden kann. Der Frieden kommt, anders, als wir es uns gedacht haben, aber er kommt und ist nicht mehr aufzuhalten. Es kann sich nur noch darum handeln, seinen Eintritt zu beschleunigen.

Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet wird, sehen die Forderungen Hochs für einen Waffenstillstand u. a. die Besetzung deutscher Festungen vor.

Zum Rücktritt Ludendorffs.

Ueber die Gründe, die zum Rücktritt Ludendorffs geführt haben, meldet W. B., daß Ludendorff sich der Einschränkung der kaiserlichen Kommandogewalt, die von der neuen Regierung beschlossen und vom Reichstag genehmigt worden ist, entschieden widersetzt habe. Er war der Ueberzeugung, daß die Kriegsführung darunter leiden müsse, wenn die militärische Leitung bei den ihr nötig erscheinenden Maßnahmen erst zu prüfen habe, ob sie auch eine politische Seite haben und demgemäß nach der neuen Verfassungsbestimmung erst von der Regierung gebilligt werden müssen. Generalfeldmarschall von Hindenburg teilte diese Bedenken und er reichte zugleich mit General Ludendorff sein Entlassungsgesuch ein. Die Regierung appellierte an seine Vaterlandsliebe und Hindenburg ließ sich dadurch bewegen, an der Spitze der Heeresleitung zu bleiben. — Im Zusammenhang mit dem Rücktritt Ludendorffs glaubt die „Frankf. Ztg.“ mitteilen zu können, daß der Sturz der neuen Volksregierung in Vorbereitung gewesen sei. Auf die Absetzung sei die vom Reichstag beschlossene Aenderung der Kommandogewalt ohne Einfluß gewesen, was daraus hervorgehe, daß Hindenburg bleibe. (?) Ludendorff habe die politische Leitung in weitestem Maße an sich gerissen und so könne man sich höchstens darüber wundern, daß er nicht schon früher entlassen worden sei.

Als wahrscheinlichen Nachfolger Ludendorffs nennt der „Lokalanzeiger“ den Generalleutnant Götner, der am Sonntag mit Sonderzug von Kiew nach Berlin abgereist ist.

Wien, 28. Okt. Die Blätter führen bei der Besprechung des Abgangs Ludendorffs aus, seine Abberufung bedeute nicht bloß einen entschiedenen weiteren Schritt in der demokratischen Umgestaltung Deutschlands, sondern ein weiteres Eingehen auf die Forderungen Wilsons. Die Blätter sagen übereinstimmend, daß General Ludendorff eine der mächtigsten Gestalten des Weltkrieges war, dem nicht nur sein Vaterland, sondern auch die übrige Welt als Verkörperung der deutschen Militärmacht und als heldenhafter Führer der Vorber nicht versagen könne.

Der Weltkrieg.

258. Großes Hauptquartier, 28. Okt. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz:

Keine größeren Kampfhandlungen. Südwestlich von Deynze, östlich von Avelgem und bei Kettes (südlich der Schelde) wiesen wir feindliche Quartiere ab. Bei Säuber-

ung einzelner Engländerneister bei Yamars und Englesfontaine machten wir Gefangene.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Uebergangsvorjuche des Feindes über den Deseanal bei Topigny (Origny?) wurden vereitelt. Zwischen Dese und Serre nahmen wir in vorletziger Nacht unsere in dem vorspringenden Bogen zwischen Origny und La Ferte stehenden Truppen in die Linie westlich von Guise — östlich von Crech an der Serre zurück. Der Feind griff gestern unsere Linien südlich davon an. Unter Einbuße zahlreicher Panzerwagen wurde er abgewiesen. Am Soucheabschnitt scheiterten am frühen Morgen erneute Angriffe der Franzosen zwischen Froimont und Pierrepoint. Westlich der Aisne fanden gestern nur örtliche Kämpfe statt. Feindliche Angriffe gegen unsere auf dem Südufer der Aisne südöstlich von Ressel und bei Rilly stehenden Truppen wurden abgewiesen. Auf den Höhen östlich von Bouzies nahm der Artilleriekampf am Abend in Verbindung mit erfolglosen Angriffen des Gegners östlich von Chestres vorübergehend große Stärke an.

Heeresgruppe Gallwitz:

Auf den Höhen östlich der Maas wiesen wir Angriffe der Amerikaner am Walde von Consvon und am Dromontwale ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Die eingeleiteten Bewegungen wurden planmäßig weiter geführt. Südlich von Rudnik und Topola erfolgte reiche Nachhutkämpfe. Oberseits der Morava besteht nur geringe Gefechtsfähigkeit mit dem Feinde. Der Chef des Generalstabs des Heeres.

Sonderbericht der Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Bei Hoffingen und Bezange wurde Angriff feindlicher Patrouillen abgewiesen. Im Verlaufe schossen unsere Jagdstreitkräfte einen feindlichen Ballon und 2 feindliche Flugzeuge ab. Keine eigenen Verluste.
Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Kriegsminister Scheuch über die Kriegsanleihe:

Wer nicht Kriegsanleihe zeichnet, handelt falsch denn die Kriegsanleihe wird immer mindestens so gut sein wie bares Geld.

Reich

Der Frontabschnitt Deynze—Baereghem wird von unseren Truppen immer noch fest behauptet, was aus der örtlichen Lage der Kampfhandlungen hervorgeht. Südwestlich von Deynze in einem Ushbogen wurde ein feindlicher Angriff abgewiesen. Mit verbleibender Fähigkeit machen die Deutschen dem Feind den Uebergang über die Schelde bei Avelghem (südöstlich von Kortryl) freitig. Der englische Vorstoß auf Yamars (südlich von Valenciennes) am 26. Oktober scheint gründlich erledigt worden zu sein; die letzten Reste, in denen sich Engländer nachgewiesen hatten, wurden gesäubert und ein neuer Angriff, der aber schon 3 Km. südlich von Yamars, bei Kettes, stattfand, am 26. und 27. Oktober abgewiesen. Bei Origny (nicht Topigny) an der Dese suchte der Feind, auf den österreichisch-ungarischen Dank kam Deutschland verzichteten. Aber Deutschland wird jetzt auf von so manchen hemmenden Rücksichten auf den frühen Bundesgenossen entbunden sein und sich namentlich um das Geschick unserer Stammesgenossen in Oesterreich zu kümmern haben. Ihm Übrigen erinnern wir uns der alten Wahrheit: Der Deutsche ist am stärksten allein.)

Aus dem neuen Bundesstaat.

Wien, 28. Okt. Vorgestern bildeten sich in Innsbruck und Klagenfurt aus deutschen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten bestehende Nationalversammlungen, die einen Vollzugsausschuß wählten.

Wien, 28. Okt. Die deutsch-radikale Reichsparteileitung sprach sich für den engsten Anschluß an das Deutsche Reich aus.

Wladimir, Karolhi verhandelte gestern in Wien mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Lammasch, doch konnte keine Übereinstimmung erzielt werden. Der Minister des Innern, Graf Andrássy, soll Bedenken gegen die Betrauung Karolhis als ungarischen Ministerpräsidenten erhoben haben. Karolhi erklärt, er habe dem König sein Programm unterbreitet, doch sei es nicht genehmigt worden.

Der König hat Erzherzog Joseph zum homo regius (Vertreter der Krone) ernannt und den Erzherzog damit betraut, mit den führenden Männern des politischen Lebens in Fühlung zu treten, um über den Weg zu verhandeln, welcher eine Lösung der Krise ermöglicht.

Lammasch Ministerpräsident.

Wien, 28. Okt. Der Kaiser hat Hofrat Lammasch zum Ministerpräsidenten ernannt.

Rumänien und Bulgarien.

Cernowitz, 28. Okt. Rumänische Truppen rücken nach der „N. Fr. Fr.“ in der Dobrudscha ein.

Die Forderungen der Zionisten.

Kopenhagen, 28. Okt. Das hiesige Bureau der zionistischen Organisationen stellt folgende Forderungen auf: 1. Die Festsetzung Palästinas in den durch die geschichtliche Ueberlieferung und durch politische wie wirtschaftliche Notwendigkeiten bestimmten Grenzen als völkische Heimstätte des jüdischen Volkes sowie die Schaffung der für den ungehinderten Aufbau dieser Heimstätten notwendigen Vorbedingungen. 2. Die volle und tatsächliche Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern. 3. Völkische Selbstverwaltung auf kulturellem, sozialem und politischem Gebiet für die jüdische Bevölkerung der Länder mit jüdischer Massenbevölkerung sowie aller anderen Länder, falls deren jüdische Bevölkerung Anspruch auf sie erhebt.

Austauschende Fragen in Südamerika.

London, 28. Okt. Der Korrespondent des „Times“ berichtet aus Lima von heftigen Unruhen in der Presse in Peru für Milderung der zwei im Jahre 1883 an Chile abgetretenen Provinzen Tacna und Orca. (Die Nachricht klingt einigermaßen verdächtig. Soll etwa Chile für seine Neutralität im Kriege bestraft werden?)

Oesterreich-Ungarn bittet Wilson um Aufhebung eines Sonderfriedens ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten.

Baden.

(-) **Mannheim**, 28. Okt. Der 14 Jahre alte Volksschüler Feisel machte sich mit dem geladenen Revolver seines Bruders zu schaffen. Bei der Spielerei damit wurde ein Jahre altes Kind seines Schulkameraden tödlich getroffen.

(-) **Eberbach**, 28. Okt. Die 19 Jahre alte Tochter des Landwirts Alexander Wagner von Mochbrunn verunglückte beim Einspannen der Kuh so unglücklich, daß der sofortige Tod eintrat.

(-) **Wiesloch**, 28. Okt. Auf der Station Wiesloch-Malsch gerieten zwei 15-16 Jahre alte Burschen, die sich schon öfters stritten, ins Handgemenge, wobei der eine das Messer zog und seinem Gegner einen Stich in die Lunge verriet, daß er tot niederfiel.

(-) **Freiburg**, 28. Okt. Das ständige Steigen der Ausgaben zwingen die Stadtverwaltung, nach Deckung Umschau zu halten. Dem Bürgerausschuß soll zunächst die Vorlage über die Ausdehnung der Fußgängerzone gemacht werden. Außerdem sollen Kanal- und Müllabfuhrgebühren eingeführt werden.

(-) **Zusenhofen** bei Oberkirch, 28. Okt. In dem Anwesen des Bäckermeisters Busa in brach auf noch nicht aufgeklärte Weise Feuer aus. Das Wohngebäude, ein Teil des Wohnhauses bis auf die Bäckerei fielen dem Feuer zum Opfer. Das Vieh konnte gerettet werden. Beträchtliche Den- und Strohvorräte sind mitverbrannt. Nach dem Brande wurde ein Knabe des Bäckermeisters vermisst und später als Leiche auf den Resten des verbrannten Hausweiders vorgefunden. Wie das Kind in das Feuer geriet, ist noch nicht zu erklären.

(-) **Mengen** bei Balingen, 28. Okt. Landwirt Joh. Schüly, der eine Dampfdruckmaschine zu bedienen hatte, war im Begriff, mit noch anderen die schwere Maschine mittels Winden vom Plage zu bringen, als die Drehmaschine plötzlich gegen ihn neigte und ihn erdrückte.

Bekanntmachung.

Folgende Bekanntmachungen werden durch Anschlag am Rathaus zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

1. des Kgl. Oberamts Neuenbürg vom 23. Oktober 1918 betr. Schweinefleischverträge zu erhöhten Preisen,
2. desgl. vom 19. Oktober 1918 betr. Höchstpreise für sogenanntes süddeutsches Seegrass (Alpengras),
3. desgl. vom 22. Oktober 1918 betr. Runkelrüben, Kohlrüben (Bodenkohlrüben), Stoppelrüben u. Zuckerrübel.
4. desgl. vom 18. Okt. 1918 betr. Höchstpreise für Wild,
5. desgl. vom 21. Okt. 1918 betr. Kartoffelpreisüberschreitungen.

Wildbad, den 28. Okt. 1918.

Stadtschultheißenamt: B a g n e r.

A. Oberamt Neuenbürg. Eieraufbringung.

Die bisherigen Bestimmungen über Eieraufbringung sind durch eine im Staatsanzeiger Nr. 227 veröffentlichte Verfügung des Ministeriums des Innern teilweise geändert worden. Die wesentlich in Betracht kommenden Bestimmungen dieser Verfügung sind folgende:

- 1) Die Lieferungsschuldigkeit wird vom Ortsvorsteher nach der Zahl der Haushaltsglieder der Geflügelhalter (Selbstverfórger), sowie nach der Zahl der von diesem gehaltenen weiblichen Hühner und Enten berechnet. Als Haushaltsglieder gelten alle diejenigen Personen, die in dem Haushalt als Familienangehörige Dienst-

Vertrauen und Durchhalten.

Von Oberst Immanuel.

„Wer sich selbst verläßt, der wird verlassen sein. Das Volk, das an sich verzweifelt, an dem verzweifelt die Welt. Unser Volk ist in einem Jeglichen von uns, — darum laßt uns wacker sein!“ Diese Worte, die Ernst Moriz Arndt im Jahre 1810, also in der schwersten Prüfungszeit des alten Preußens schrieb, gelten vollkommen ebenso für unsere Tage. Sie mahnen zum Selbstvertrauen und dringen auf die Mitarbeit eines jeglichen im Volk an seiner Stelle für die große Sache des Vaterlands zu erster Stunde. Vor allem Selbstvertrauen, — das tut uns not, kein Berauschen an Worten, sondern das für Taten.

In bereiten Worten hat der deutsche Reichskanzler am 22. Oktober klargestellt, daß es sich für das deutsche Volk jetzt um zwei Dinge handelt: Rechtsfriede oder nationale Verteidigung.

Was ist der Rechtsfriede? Er ist ein Friede, wie ihn das deutsche Volk in seiner weit überwiegenden Mehrheit ehrlich wünscht. Wir haben von Anfang an einen Verteidigungs-, einen Abwehrkrieg geführt gegen eine Ueberzahl von Feinden, die im Laufe des Kriegs formwährend gewachsen ist. Mit bewunderungswürdiger Widerstandskraft hat sich das deutsche Volk gewehrt und sich durch die Ueberlegenheit der Gegner an Zahl nicht niederzwingen lassen, sondern Sieg nach Sieg erkochten. Die deutsche Heere stehen noch immer auf feindlichem Boden. Ihre Kraft, ihre Geschlossenheit ist ungebrochen, ihre Front steht dem Andrängen der Feinde einen jähren Widerstand entgegen, ihre Kampfstärke ist gewährleistet ein Weiterkämpfen, das dem Gegner die Durchsührung der geplanten Vernichtung unmöglich machen wird. Aus diesem Gesichtspunkte heraus beidritt die deutsche Regierung den Weg zur Aufbahnung der Friedensverhandlungen, damit den Schrecken des langen Kriegs endlich ein Ende gemacht wird. Der Rechtsfriede, der sich an die Grundgedanken der Antisowjeten Wilsons anlehnt, bezweckt die Anerkennung der Rechte aller Völker, also auch des deutschen, und scheidet die Eroberungs- und Vernichtungsgedanken aus. Daher verlangt das deutsche Volk von dem kommenden Frieden, daß ihm die Unverletzlichkeit des Reichsgebietes als erster Grundsatze gelten muß, und daß die deutsche Zukunft, die deutsche Entwicklungsmöglichkeit nicht eingeeignet wird.

Die deutsche Regierung hat einen solchen Frieden angeboten und dem amerikanischen Präsidenten die Einleitung der erforderlichen Schritte zur Erreichung dieses Zieles anheimgestellt. Die Möglichkeit der Friedensverhandlungen hängt nunmehr von der Einsicht und der weisen Selbstbeschränkung unserer Gegner in bezug auf die gesetzten Ziele ab.

Dem Rechtsfrieden gegenüber steht die andere Möglichkeit, daß nämlich die Feinde in Wahrheit den Rechtsfrieden doch nicht suchen, sondern im Vertrauen auf ihre militärische Lage und auf die Schwächung unserer Bundesgenossen die Waffenentscheidung fortzusetzen wollen, um uns, — was bisher nicht der Fall gewesen ist — zu schlagen und uns zum Frieden um jeden Preis zu zwingen.

Was haben wir dagegen zu tun? Die Antwort liegt allen Deutschen ohne Ausnahme auf den Lippen und kommt aus der innersten Herzensüberzeugung. Der Reichskanzler hat am 21. Oktober klar ausgesprochen, — es ist die nationale Verteidigung, der Geist vom Befreiungsjahre 1813, die Entfesselung deutscher Volkskraft. Hatten wir denn bisher keine nationale Verteidigung? Waren nicht schon seit Kriegsbeginn alle verfügbaren Kräfte in Tätigkeit gesetzt? Gewiß wurden auch seither alle Kräfte für das Vaterland draußen und drinnen aufgebieten. Gleichwohl blieb noch manches ungenutzt, was für die Stunde der letzten Entscheidung und der höchsten Gefahr gewissermaßen aufgespart war und jetzt eingesetzt werden kann. Sollte es, falls sich die Friedensaussichten zerbrechen, zum Aufruf der nationalen Verteidigung kommen, so dürfen wir überzeugt sein, daß die neugebildete Reichsleitung den rechten Ton und die rechten Wege finden wird, um die noch brach liegenden Kräfte, die schlummernden Gewalten der deutschen Volkseele zu erwecken und zur praktischen Entfaltung zu bringen. Bis dahin Vertrauen und Durchhalten, wie

... mit dem Bewußtsein, daß sich das deutsche Volk ohne Nervosität, ohne Großprederei, aber in ruhigem Ernst und gefaßter Entschlossenheit für den gewaltigen Endkampf um sein Dasein und um seine Zukunft rüsten muß.

Machtvolle Kräfte ruhen noch im Deutschland. Alles was es auch nur irgendwie vermag, gehört mit Gut und Blut in den Dienst des Vaterlandes, sei es draußen in der Front, sei es zur vaterländischen Arbeit im Innern. Uebervorteilung und Bewucherung, Flaumachen und Nörgeln müssen verschwinden. Parteibader und Nebenrücksichten müssen aufhören, die geschlossene Heimatfront vom Betrachtern und Reden zur Tat und Wahrheit übergehen. „Der Erfolg im Kriege ist Sache der Moral“, lehrt einst Moltke, und führt das deutsche Heer zu den Siegen in Deutschlands größter Zeit. Ein solches Vermächtnis ist uns anvertraut. Wir sollen im Interesse der ganzen Zukunft unseres Volkes auf Geschlechter hinaus einen ehrenvollen Frieden erkämpfen oder, wenn alles zusammenbricht, den letzten Kampf bis zum Ende führen. Aber ein Volk wie das deutsche, in dem eine solche Tiefe der Kraft und eine solche Fülle des Pflichtgefühls ruht, kann nicht verlagen, kann nicht untergehen, weil es sich selbst treu bleibt.

Grippe. Der Reichsgesundheitsrat empfiehlt folgende Verhaltensmaßregeln gegen die Grippe. Da die Krankheit äußerst leicht übertragbar ist, sollen Ansammlungen von Personen wie in Versammlungen, bei Vergnügungen aller Art vermieden werden. Der Krankheitserreger findet seinen Eingang in den Körper vermuthlich durch Mund und Nase, daher soll man sorgfältig auf Reinlichkeit bedacht sein. Vor dem Essen und der Zubereitung der Speisen, sollen die Hände gewaschen werden. Auch empfiehlt es sich, täglich mehrmals mit warmem Salzwasser (eine Messerspitze Salz auf ein Glas Wasser) zu gurgeln. Gefährlich ist es, die Krankheit hinzuschleppen; bei den ersten Anzeichen (Kopfschmerzen, Uebelkeit, Mattigkeit, Fieber usw.) soll man das Bett aufsuchen. Vor allem ist Schonung des Herzens, das besonders in Mitleidenchaft gezogen ist, dringend nötig. Vor Seruminjektionen ist zu warnen.

Griparies. Nach amtlicher Feststellung hatten die deutschen Sparcassen im September einen Zuwachs von mindestens 400 Millionen M., gegen 150 Millionen Mark im September 1917 und 60 Millionen M. im September 1916. Damit hat der Zuwachs seit Jahresbeginn ohne die Abhebungen zum Zwecke von Zeichnungen auf die Kriegsanleihen, die Summe von 5,1 Milliarden M. erreicht, gegen 2,5 Milliarden i. J. 1917 und 2 Milliarden im Jahre 1916.

Schließung der Schnellzugszufälle. Wie man hört, sind die deutschen Eisenbahnverwaltungen entschlossen, die hohen Schnellzugszufälle, die eine unerträgliche Ueberfüllung der Personenzüge mit sich gebracht haben, vom 1. April n. J. ab um 50 v. H. zu erniedrigen.

Verfälschtes Papiergeld. Seit Beginn dieses Jahres sind von der Reichsbankhauptstelle Hannover wiederholt Reichsbanknoten und Darlehenskassenscheine zu 20 M. angehalten worden, die gewaltsam beschädigt waren. In sehr geschickter Weise sind echte Noten oder Scheine zerstückelt und mit durchscheinendem Papier so zusammengesetzt worden, daß aus 10 echten etwa 11 zusammengesetzte etwas kleinere Scheine entstehen. Bei den häufigen Vorkommen solcher gefälschten Scheine ist es nicht ausgeschlossen, daß noch eine größere Zahl im Umlauf ist.

Kein Mohn als Tabakerzatz. Vor einiger Zeit wurden Mütter, Stengel und Kapselfrüchte des Mohns als Tabakerzatz empfohlen. Wir haben darauf hingewiesen, daß Mohn ein gefährliches Gift, das Opium und Morphin enthält, der Verbrauch als Tabakerzatz also nicht unbedenklich ist. Neuere Untersuchungen haben denn auch ergeben, daß beim Rauchen von Teilen der Mohnpflanze mit dem Uebergang kleinerer Morphinmengen in den Mohn und mit dem Auftreten ähnlicher Giftwirkungen wie bei Opiumrauchen zu rechnen ist. Es muß daher vor der Verwendung von Teilen der Mohnpflanze als Tabakerzatz gewarnt werden.

Die Erhöhung des Butterpreises soll nach „Berl. Lokalanz.“ in vielen Teilen des Reiches, besonders im Westen und Süden in den großen Städten, heftigen Widerspruch gefunden haben. Besonders im Großherzogtum Hessen sei der Kampf heftig entbrannt. — Bei uns ist davon nichts bekannt.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

...inger und dergl.) dauernd vollständig vollständig verpflegt werden, d. h. hier das erste Frühstück, sowie das Mittag- und Abendessen erhalten. Vorübergehend Anwesende (Besuche und dgl.) sind nicht Haushaltsglieder im Sinne der Verfügung. Vorübergehend Angestellte (Saisonarbeiter, Saisonpersonal u. dgl.), deren Verpflegung im Haushalt zusammen mindestens 12 Monate dauert, gelten zusammen als ein Haushaltsglied. 2) Werden neben Hennen noch Enten gehalten und ist die Zahl der Hennen kleiner als die der Haushaltsglieder, so bleibt für jedes überschüssige Haushaltsglied eine Ente außer Anrechnung. Werden nur Enten ge-

halten, so bleiben je zwei Enten auf den Kopf eines jeden Haushaltsglieds außer Anrechnung!

Für jede überschüssige Ente sind im Jahr 20 Eier abzuliefern. Die Verteilung der Ablieferungsschuldigkeit auf die einzelnen Monate bestimmt die Landesverfürungsstelle.

3) Die Nachprüfung der Angaben einzelner Geflügelhalter bei der Aufnahme des Geflügelbestandes kann von der Landesverfürungsstelle, dem Oberamt oder dem Ortsvorsteher jederzeit angeordnet werden.

Den 17. Oktober 1918. Regierungsrat Ziegler. Mit der Bitte um Beachtung bekannt gegeben. Stadtschultheißenamt: B a g n e r.

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Kinder
Walter und Else
zeigen in großer Freude an
C. E. Pfeiffer Ernst Leyser
und Frau Marie und Frau Betty
Wildbad. Ulm

Dr. med.
Walter Pfeiffer
Oberarzt d. L. I
Else Leyser
Verlobte
Ulm-Stuttgart
Wildbad
Oktober 1918 Ulm.

Desinfektionsmittel
gegen ansteckende Krankheiten
Perhydrol-Mundwasser
große Flasche M. 3.
bei
Hr. Schmid & Sohn
König-Karlstraße 68. u. 71
Strichschonit
der Gesamtgemeinde
Wildbad, 2. Ausgabe
ist erschienen und ist erhältlich
in der Buchhandlung
Geschwister Flied.